

1 Antrag 1

2

3 **Antrag:**                   **Mindestlohn**

4

5 **Antragsteller:**       AfA-Kreisverband Viersen

6

7 **Adressat:**               SPD Bundestagsfraktion  
8                               SPD Parteivorstand

9

10

11 Der Kreisparteitag möge beschließen:

12 Der SPD Kreisverband Viersen spricht sich für die Einführung eines Min-  
13 destlohns in Höhe von 8,50 Euro pro Stunde aus.

14

15 **Begründung :**

16 Die durchschnittlichen Stundenlöhne im Niedriglohnsektor lagen 2007 mit  
17 6,88 € in West- und 5,60 € in Ostdeutschland sowohl nominal als auch  
18 real weiter unter den jeweiligen Niedriglohnschwellen als noch 1995. In  
19 Westdeutschland lag der durchschnittliche Niedriglohn 2007 sogar unter  
20 dem Niveau von 2002 und hat sich seit 2004 jährlich verringert. Im Jahr  
21 2007 verdienten von rund 30 Millionen abhängig Beschäftigten etwa 1,2  
22 Millionen (4%) weniger als 5 €, knapp 2,2 Millionen (7,2%) lagen unterhalb  
23 von 6 €, knapp 3,7 Millionen (12,1%) unterhalb von 7 € und gut 5 Millionen  
24 (16,7%) unterhalb von 8 € pro Stunde. Aber auch bei den absoluten Nied-  
25 rigstlöhnen von weniger als einem Drittel des Medians ist der Anteil seit  
26 1997 von 1,3% auf 3,2% im Jahr 2007 deutlich gestiegen. Dies bedeutet,  
27 dass 2007 fast eine Million Beschäftigte in Deutschland für weniger als  
28 4,81 € (Westdeutschland) bzw. 3,59 € (Ostdeutschland) brutto pro Stunde  
29 arbeiteten (Quelle: Institut Arbeit und Qualifikation der Universität Duis-  
30 burg-Essen im Auftrag der FES).

31 Im Februar 2010 formulierte die DGB-Spitze einen Antrag für ihren Bun-  
32 deskongress im Mai dieses Jahres, in dem die Einführung eines gesetzli-  
33 chen Mindestlohns in Höhe von € 8,50 beschlossen werden soll. Diesem  
34 Antrag schließen wir uns als AfA für den Kreis Viersen an.

35 Neben den bereits o.a. Gründen sprechen für die Einführung eines Min-  
36 destlohns nachfolgende Kriterien:

- 37       • sie verhindern Lohnarmut, weil sie sicher stellen, dass Menschen  
38       von ihrer Arbeit leben können und keine weitere Unterstützung vom  
39       Staat brauchen
- 40       • sie sorgen vor, weil Niedriglöhne von heute die Armut von morgen  
41       sind
- 42       • sie entlasten den Staatshaushalt, weil es Aufgabe der Unternehmen  
43       und nicht des Staates ist, für ein Einkommen zu sorgen, das die  
44       Existenz sichert

- 45 • sie schaffen fairen Wettbewerb, weil Lohndumping ein unfairer  
46 Wettbewerbsvorteil zu Lasten der Arbeitnehmer ist  
47 • sie sorgen für Gerechtigkeit, weil sie die Abwärtsspirale der Löhne  
48 stoppen  
49 • sie sorgen für Gleichberechtigung, weil sie Frauen, die besonders  
50 von Niedriglöhnen betroffen sind, von Lohnarmut und Abhängigkeit  
51 befreien  
52 • sie kurbeln die Binnenwirtschaft an, weil sie für mehr Nachfrage  
53 sorgen und sich positiv auf die Konjunktur auswirken  
54 • in 20 von 27 EU-Staaten gibt es bereits Mindestlöhne. Deutschland  
55 aber hinkt dem europäischen Standard hinterher  
56 • sie schaffen Klarheit, weil die Arbeitnehmer wissen, was ihnen an  
57 Lohn zusteht

58 Die Zukunft des Sozialstaates ist gefährdet, wenn man für eine große An-  
59 zahl von Arbeitnehmern Armutslöhne zulässt. Eine menschenwürdige  
60 Existenz ist auch im Rentenalter nicht gegeben, wenn man 40 Jahre auf  
61 der Basis des Niedriglohnsektors Rentenversicherungsbeiträge entrichtet  
62 hat. Hieraus errechnet sich nach heutigen Werten ein Rentenanspruch  
63 von ca. 400.- Euro. Auch eine Rentengarantie kann dieser Entwicklung  
64 nicht entgegen wirken, weil bedingt durch die geringen Einzahlungen Milli-  
65 arden in der Rentenkasse fehlen. Selbst unser politischer Gegner, der Ar-  
66 beits- und Sozialminister von NRW Laumann, erkennt die prekäre Situati-  
67 on mit dem Zitat: "Der Niedriglohnsektor weitet sich aus. Wir werden uns  
68 wundern, was in 15 Jahren bei den Renten los ist." (Zitat Ende). Die Be-  
69 kämpfung der Altersarmut innerhalb des Rentensystems genügt allerdings  
70 nicht. Vielmehr müssen bereits während der Erwerbstätigkeit die Niedrig-  
71 löhne auf ein Mindestlohniveau angehoben werden, damit die Menschen  
72 selbst für ihre Rente sorgen können.

73 Wenn man bedenkt, dass mittlerweile zunehmend sogar in Teilen des  
74 Arbeitgeberlagers die Notwendigkeit von Mindeststandards bzw. Lohnun-  
75 tergrenzen gesehen wird, um Lohndumping zu unterbinden und Wettbe-  
76 werbsstrategien, die überwiegend auf (Lohn-)Kostendruck basieren, Ein-  
77 halt zu gebieten, dann wissen wir, dass wir mit unserer Forderung richtig  
78 liegen.

- 79  
80  
81  **angenommen**  
82  
83  **abgelehnt**  
84  
85  **weitergeleitet**